

Leipziger Tageblatt

and
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 629

Hauptverleger: Dr. Goerth, Leipzig

Dienstag, den 10. Dezember

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Die Alliierten zur Abrüstung entschlossen

Eine Warnung

R. K. Die beklagenswerten Vorgänge des gestrigen Abends erfordern wohl ein ruhiges Wort der Mahnung und der Warnung. Das man eine Versammlung geprengt hat, ist das wenigste. Das geschieht in erregten Zeiten oft und gern, auch ohne Revolution. Etwas Besonderes bekommt der gestrige Vorfall dadurch, daß die Sprengung nicht aus Erregung über irgendwelche Ausführungen der Redner geschah, sondern daß nach dem Hauptvortrag, den die Demonstranten gar nicht gehört hatten, plötzlich von außen eine Schar eindrang, um sich, wie es hieß, zu rächen wegen einer anderen Versammlung, in der die Unabhängigen nicht zu Worte gekommen waren. Daß dies der Fall gewesen war, ist nach unserer Auffassung bedauerlich; doch hat das nicht an der Leistung der Versammlung gelegen, sondern an der Hörerschaft, die den unabhängigen Sprecher nicht zu Worte kommen ließ. In politisch disziplinierten Kreisen gilt so etwas nicht als unklar. Wie die Dinge aber heute liegen, sind nun einmal große Teile der Arbeiterschaft in Versammlungen nicht politisch diszipliniert. Jedenfalls lag keinerlei Grund oder Entschuldigung dafür vor, daß die Sprengung der gestrigen Versammlung in so gewalttätiger Form vorgenommen wurde. Wir können uns nicht denken, daß es im Sinne des Führers der Unabhängigen, eines gebildeten Mannes, gelegen hat, daß die Auflösung der Versammlung von vornherein unter Schmäh- und Drohrufen vor sich ging. Daß dann aber eine sehr able Schlägerei losging, von der namentlich auch Frauen betroffen wurden — und zwar nicht nur von Revolverkugeln und Ohnmachten infolge des Schreies, sondern auch sichtlich durch Schläge betroffen — das kann sich wohl keiner der Demonstranten, auch von seinem Standpunkt aus nicht, zum Ruhm anrechnen. Zwar glauben wir, daß manche Gerüchte — von geschätzten Männern und Schwerverletzten — übertrieben sind, aber immerhin ist es Tatsache, daß von den Stuhlreihen die langen Verbindungsstangen abgerissen worden sind und damit nicht nur in der Luft herumgeschwenkt, sondern auch Möbel und Geräte zertrümmert worden sind. Hoffentlich haben diese Waffen wenigstens keinen Menschen getroffen. Wir sind schließlich nicht in Spanien, wo derartige Holzereien zu den Volksbelustigungen gehören, und auch in Spanien bleiben unseres Wissens Frauen davon verschont. Wenn aber der Führer der handfesten Schar zum Schluß gerufen hat, weitere Exempel würden folgen, so kann man eine solche unverhältnißmäßige Drohung nur als äußerste Mißbilligung. Drohungen sind im Leben wie diese fast noch schlimmer, als vereinzelte Gewalttaten, da sie eine Atmosphäre erzeugen, die leicht zu schlimmeren Explosionen führen kann, als es gestern geschehen ist.

Der Vorgang auf dem Augustusplatz, wo man anscheinend einen wehrlosen Menschen hingerichtet hätte, um ihn von einer Masse abzutrennen zu lassen, erscheint uns, abgesehen von dem Widerlichen, das nachher, vielleicht wider Willen der Veranstalter, daraus geworden ist, so bedenklich, daß wir glauben: Wenn derartige Vorgänge sich wiederholen oder verallgemeinern sollten, müßte das ganze deutsche Volk sich ihrer nicht minder schämen als mancher Dinge, die im Kriege vorgefallen sein mögen. Zwar hat der erste Redner gemeint, jetzt solle man sehen, daß die Arbeiter würdiger zu stehen wissen, als das Bürgerium es je getan habe, aber man weiß nicht recht, worauf sich derartige grobe Worte beziehen sollen. Wir haben wohl alle uns erhaben gedacht über die verächtliche Lynchjustiz; auch Sozialdemokraten haben deswegen auf die Amerikaner herabgesehen, und zwar gerade sie, denn Sozialismus und Anarchie sind Gegensätze und sollten sich nicht begegnen. Wenn sich aber der Sozialismus mit der Anarchie verdrängt — und das tut er, wenn Niklas Lyng an die Stelle der ordentlichen Gerichte tritt —, so hat man eben in heutigen Zusammenhängen Volkswissenschaft vor sich. Wir glauben, daß die in Leipzig herrschende Unabhängige sozialdemokratische Partei Anlaß hat, solche Vorkommnisse öffentlich zu verurteilen, denn sie hat sich stets dagegen verwahrt, mit dem Volkswissenschaft etwas zu tun zu haben, und wir haben vor einiger Zeit nachgewiesen, daß wir in der Tat bisher nur verdammt ungenaue Ansätze von Volkswissenschaft hatten, die den Gegnern der herrschenden Macht nicht das Recht gaben, ihnen Volkswissenschaft im allgemeinen vorzuwerfen. Ein ernstes Wort müssen wir an die Parteileitung auch wegen des Plakates richten, das heute morgen an den Anschlagäulen Leipzigs zu lesen war, und das sich gegen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wendete. Wenn die unabhängige Partei sich in ihrem eigenen hiesigen Blatte seit Wochen darüber beschwert, daß gewisse Arbeiterkreise immer noch jenes nationalistiche Blatt lesen, so ist das und ihre Wut gegen jenes Blatt überhaupt verständlich. Wenn nun jetzt die Plakatfäden von den Nachhabern dazu benutzt würden, die Arbeiter zum Boykott eines bürgerlichen Blattes aufzufordern, so könnte man darüber, wie über manches andere Ungewöhnliche der Zeitläufte, hinkommen. Der Anschlag, wie er jetzt an den Säulen hängt, kann so aufgefaßt werden, als wolle er nichts weiter besagen. Er rechnet dem bürgerlichen Blatt eine Reihe von Sünden nach und schließt mit dem Satz: Wenn die Arbeiterschaft nun nicht selbst Konsequenzen aus diesem frechen gegenrevolutionären Treiben zieht, kann ihr niemand helfen.“ Man kann das, wie gesagt, so deuten, daß die Arbeiter das Blatt nicht mehr beziehen sollen. Man kann es aber auch anders deuten, und es wird leider von vielen, die das Plakat lesen, anders gedeutet werden; sie werden daraus eine Aufforderung zu Gewalttaten, also zum Terror entnehmen, und obwohl über dem Plakat die Überschrift „Warnung“ steht, werden sie vielmehr eine Drohung darin erblicken. Wir können uns nicht denken, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie Leipzigs absichtlich eine solche Zweideutigkeit mit ihrem Reimen unterzeichnet hat, und machen sie deshalb auf die Gefährlichkeit ihres Textes aufmerksam. Es kann einen sehr unerwünschten Eindruck machen, wenn es den Anschein gewinnt, als ob die Nachhaber unserer Stadt selber

einen bürgerlichen Betrieb für vogelfrei erklären. Und gerade im gegenwärtigen Moment wäre das doppelt betrübend. Das Plakat wendet sich selber u. a. dagegen, daß jenes Blatt den Wunsch nach bürgerlichen Pflichten ansichle, und auch wir würden eine solche Haltung, falls sie nachgewiesen werden könnte, aufs schärfste verurteilen. Ebenso entschieden aber müssen wir uns dann selbstverständlich dagegen kehren, wenn von anderer Seite, sei es auch ohne Absicht, die Gefahr

Keine Dienstpflicht mehr in Europa

London, 9. Dezember. (Drahtbericht.) Umlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen werde, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen. Diese Meldung ist von außerordentlicher Tragweite. Daß die Alliierten sich wirklich dazu entschließen würden, die Abrüstung abzubauen und für die Aufhebung der Militärdienstpflicht einzutreten, konnte man, zumal nach der im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Rede Balfours, kaum erhoffen. Es müssen im Ententelager doch bedenkliche Vorgänge und politische Kämpfe vor sich gegangen sein, die sich unserer Beobachtung entzogen. Auf zwei politische Faktoren richtet sich der nach Aufklärung stehende Blick: auf die Haltung der Arbeiter in England, die im Gegensatz zu ihren Genossen in Frankreich einen starken Einfluß auf die Entscheidung ihrer Regierung ausübten, und auf den plötzlich überraschenden Stimmungsumschwung in Amerika zugunsten Wilsons, von dem eine im Laufe des Vormittags abgegangene Drahtmeldung unseres Hamburger Mitteleilers berichtet.

Klob George erläutert

Haag, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Reuters meldet aus London: Klob George hat gestern auf einer Franzosenversammlung in London eine Rede, in der er sagte, daß er vor zwanzig Jahren Anhänger des Franzosenrechts war. Er lehnte aus, daß der Krieg in Zukunft sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht werden müsse. Deshalb müsse ein gerechter Frieden kommen, der strengere wäre aber ohne Rücksicht. Es dürfe keine erschöpfende Frage mehr geben aus dem einfachen Grunde, daß wenn die Alliierten den Fehler Deutschlands wiederholten, so in fünfzig Jahren das gleiche Los wie erfahren würden. Diejenigen, die für den Krieg verantwortlich seien, müßten auch zur Verantwortung gezogen werden, um so mehr, je höher sie seien. Könige, Kaiser und Kronprinzen müßten für alle Zeiten weichen, daß die Strafe für das von ihnen verschuldete Elend auch auf ihr eigenes Haupt komme. Das deutsche Volk, das mit vollem Entzücken in den Krieg gezogen sei, müßte ebenfalls verantwortlich gemacht werden. Die Nationen müßten wissen, daß sie nicht mehr ungestraft einen Krieg beginnen können. Die großen Heere, die den Krieg heraufbeschworen und die Regierungen zum Kriege treiben, hätten in Zukunft nicht mehr gebildet werden. Wenn man im Frieden leben wolle, dürfe keine Dienstpflicht mehr in Europa sein. Deshalb sei Klob George ein Anhänger des Völkerverbundes.

Wilson's Friedensprogramm

Die Stimmung in Amerika stellt sich hinter Wilson. Genf, 10. Dezember. (Drahtbericht.) Einige Stunden nach der Abreise Wilsons von New York wurde vom Dampfer „George Washington“ aus folgende Meldung des Berichterstatters der „Associated Press“ drahtlos übermittelt: Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Jocke der Amerikaner zu verteidigen und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf die Freiheit der Meere und die allgemeine Abrüstung bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm der Vereinigten Staaten gesteht, hauptsächlich die Unabhängigkeit, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe, und daß, wenn andere Völker das Flottenprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das ihrige erhöhen müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Meere von der ganzen Welt bewacht werden müßten. Diese Volkswirtschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten Wilson abgehandelt werden konnte, erregt in den Vereinigten Staaten sowohl als auch in England ungeheures Aufsehen.

Haag, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Nouvelle Correspondence“ meldet aus New York: Die lebhafteste Polemik über die Zweckmäßigkeit der Reise Wilsons nach Europa hat sich gelegt. In einem Editorial erklärt der frühere Präsident Taft, die Verhältnisse gestatten dem Präsidenten zweifellos die Europareise. Seine Gegenwart auf der Friedenskonferenz werde dazu dienen, den Verhandlungen einen demokratischen Charakter zu geben. Selbst Roosevelt ist gemäßigt geblieben. Er gibt dem Präsidenten den Rat, nicht als Verbündeter, sondern als Schlichter aufzutreten.

Chiffon, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Messaggero“ meldet: Der Präsident Wilson beschließt dem Papst am 23. Dezember in Rom einen offiziellen Besuch abzustatten. Der Aufenthalt in Rom soll drei Tage dauern.

Basel, 10. Dezember. (Drahtbericht.) Präsident Wilson wird am nächsten Sonntag in Paris eintreffen. Er wird am Pariser Bahnhof von der Regierung mit Poincaré an der Spitze feierlich empfangen werden. Am Montag findet im Pariser Rathaus ein großer Empfang statt.

Bern, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das „Berner Tagblatt“ meldet, daß Lansing erklärt habe, daß über den Friedensschluß eine völlig freie Aussprache aller beteiligten Parteien stattfinden solle. Diese Erklärung Lansing bewies auf, was die Vereinigten Staaten durchaus nicht gewillt sind, ihre Hände aus dem Frieden-

von Putsch vergrößert wird. Wir sind in diesem Falle der Parteilichkeit wohl nicht verdächtig; unsere Gesinnung zu den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ist bekannt genug; aber wir haben uns ebenso vernehmlich in letzter Zeit immer wieder gegen alle Aufforderungen zu Tumulten oder Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, gewendet und gedenken auch in Zukunft auf diesem Standpunkte stehen zu bleiben.

Amerika gewährt neue Anleihen

Haag, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington meldet „Holländisch Nieuws Bureau“: Mac Adoo hat den Kongress um Vollmacht gebeten, den Bundesgenossen neue Anleihen zu gewähren zu dürfen, da die für diesen Zweck ausgelegte Summe von 1 1/2 Milliarden Dollar erschöpft ist. Eine aus Mitgliedern der Finanzkommission des Senats und des Abgeordnetenhauses bestehende Kommission ist zur Beratung dieser Frage zusammengetreten.

Die beträchtlichen Getreidevorräte der Vereinigten Staaten

Zürich, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Propagandadienst in der Schweiz meldet: Dem Bericht des landwirtschaftlichen Departements in den Vereinigten Staaten ist zu entnehmen, daß die Getreidevorräte in diesem Jahre 2 1/2 mal größer sind als im vergangenen Jahre. Die Mais-, Hafer- und Roggenernte ist größer als in den vergangenen Jahren.

Eine Kriegsentwicklungskommission

Zürich, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morgenzeitung“ meldet aus dem Haag: Nach verlässlichen Londoner Berichten tritt dort eine Kommission zur Festlegung der Kriegsentwicklung Deutschlands an die Alliierten zusammen. Holländische Blätter sprechen von 100 Milliarden, die Deutschland an die verschiedenen Alliierten nach einem besonderen Schluß zu zahlen habe.

Entente-Abordnung in Berlin

Berlin, 10. Dezember. (Drahtbericht.) In Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen sind drei Entente-Kommissionen, eine englische Abordnung, eine französische Kommission und eine belgische Abordnung.

Genf, 9. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Unmittelbar nach Wilsons Ankomst in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Entente-Staaten bestehenden Militärpolizei in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Der „New York Herald“ hält diese Entscheidung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern wird.

Noch kein Schritt der Alliierten gegen den Kaiser

Haag, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Umlich wird mitgeteilt, daß in Auswärtigen Amt in Haag nichts von einem Schritt der deutschen Regierung bekannt ist, der die Aufhebung des ehemaligen deutschen Kaisers und des früheren Kronprinzen Bezug hat.

Haag, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ wird das Landgut Belmonte auf dem Wogeninschen Berge in aller Kürze als Wohnung für die erkrankte Familie bestimmt.

Bern, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) „Associated Press“ verbreitet eine Unterredung mit dem deutschen Kronprinzen, worin dieser unter Eid versichert, daß der angebl. Kronrat, auf dem der Krieg beschlossen worden sein soll, nicht festgestellt hat.

Der Streit um Smyrna

Haag, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Holl. Nieuws Bureau meldet aus London: Nach einer der griechischen Gesellschaft in Paris zugegangenen Mitteilung ist eine Flotte der Alliierten vor Smyrna angekommen. 50 000 Einwohner hatten dort in öffentlichen Kundgebungen ihren Anschluß an Griechenland verlangt. „Manchester Guardian“ teilt mit, daß Vertreter der kleinasiatischen Griechen in Paris formell eine vorläufige Regierung gebildet und die Bildung dieser Regierung zur Kenntnis der Ententemächte gebracht haben. Das Blatt erklärt, daß zwar durch ein in London beschlossenes Gedeckemabkommen Smyrna und die Distrikte Adin Italien versprochen worden seien, daß Italien leicht aber infolge des diplomatischen Spiels „Demizelos“ anderwärts Kompensationen erhalten würde. Italien habe jedoch zur Bedingung gemacht, daß Smyrna auf keinen Fall Griechenland zugesprochen werde.

Republik Böhmen

Bern, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das „Berner Intelligenzblatt“ meldet aus London: Die tschechische Republik wird demnächst offiziell in eine böhmische Republik umgewandelt werden. Auf der Friedenskonferenz wird das Verhältniß Böhmens zu Ungarn und dem Orient besonders zur Sprache kommen.

Lemberg

Kaufmann, 10. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Das ukrainische Pressebureau meldet: Lemberg ist von allen Seiten von ukrainischen Streitkräften umgeben. Der Fall der Stadt wird schließlich erzwungen. Als bedenklich doch, entgegen einer vorgelegten Meldung des belgischen Bureaus, immer noch die Polen Lemberg die Schicksal-